

DIE GUTE SCHULE

über die besten Chancen für unser Bildungssystem

1+1=2

Österreichische Post AG,
MZ 03Z034897 M
Vereinigung der österreichischen Industrie,
Schwarzenbergplatz 4, 1030 Wien



KINDERTAG
Industrie weckt
Begeisterung für Technik

Seite 5



SCHNÜFFELSTEUER
IV-Kampagne
gegen eine Vermögenssteuer

Seite 8



TIROL
Industrie im Austausch
mit EU-Abgeordneter Thaler

Seite 11

Handelspartner China: Zwischen Marktchance und Wettbewerb

China ist für europäische Unternehmen ein wichtiger Handelspartner. Angesichts der geopolitischen Situation wäre eine einseitige Abhängigkeit allerdings fatal.

Der Angriff Russlands auf die Ukraine und der seit mehr als einem Jahr wütende Krieg hat auch deutliche geopolitische Auswirkungen. Chinas oftmals unklare Positionierung im Ukrainekrieg und

das sehr offen zur Schau getragene Kräfte-messen mit den USA rückt auch in Europa die Frage ins Zentrum, wie mit der militärischen und wirtschaftlichen Großmacht in Asien umzugehen ist. Auf der einen Seite ist China ein wichtiger Handelspartner für die

EU, auf der anderen Seite haben europäische Länder ganz aktuell in der Energiekrise unangenehme Erfahrungen mit den Auswirkungen einseitiger Abhängigkeiten gemacht. Und die Abhängigkeit von China ist in vielen wichtigen Bereichen nicht zu übersehen, wie sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Podiumsdiskussion im Rahmen der Veranstaltung „Global Spotlight China: Marktchancen vs. Systemwettbewerb“ der Industriellenvereinigung einig waren.

Augenhöhe statt Abhängigkeit

„Jeder gute Unternehmer sollte sein Risikoportfolio auf Abhängigkeiten prüfen“, sagt Stefan Borgas, CEO von RHI Magnesita, Weltmarktführer für feuerfeste Materialien und Komponenten für industrielle Hochtemperaturverfahren. Für RHI Magnesita ist China ein wichtiger Absatzmarkt (trotz schrumpfenden Markts), aber auch Produktionsstandort. In China wird beispielsweise mehr als die Hälfte des weltweit produzierten Stahls hergestellt – in Hochtemperaturverfahren, für die Produkte der RHI Magnesita unverzichtbar sind. „In

China ist es wichtig, Geschäfte auf Augenhöhe zu machen: Es muss für China klar sein, welchen Vorteil wir als Europäer ihnen bieten können – wie in unserem Fall das Recycling-Know-how. Genauso muss aber klar sein, dass wir umgekehrt auch etwas von China haben wollen“, erklärt Borgas. Ein weiteres Beispiel für diese Augenhöhe gibt es im Bereich der Photovoltaik: Bei der Produktion von Solarpaneelen ist China Weltmarktführer, bei einzelnen Bestandteilen ist umgekehrt China von Europa abhängig.

Ein Bereich, in dem beide Seiten an einer stärkeren Autonomie arbeiten, ist die Luftfahrt. „Die Luftfahrtindustrie geht derzeit aus China raus und setzt vor allem im hochtechnologischen Bereich zumindest auf Double-Sourcing“, sagt der CEO des Luftfahrtzulieferers FACC, Robert Machtlinger. Airbus und Boeing arbeiten intensiv daran, in ihren Lieferketten unabhängiger von China zu werden – China wiederum arbeitet bereits seit Jahrzehnten an einer eigenen Luftfahrtindustrie.



Der Cybersecurity-Round-Table im Haus der Industrie.

Österreich auf Platz sechs im europäischen Innovationsranking

Österreich verbessert sich im „European Innovation Scoreboard“ – die Industrie ist eine tragende Säule des Innovationsstandorts.

Nach dem achten Platz im Vorjahr nimmt Österreich im diesjährigen European Innovation Scoreboard (EIS) den sechsten Platz in den EU-27 ein und führt damit die Gruppe der „Strong Innovators“ an. In der Detailauswertung zeigt sich erneut der bedeutende Beitrag der Unternehmen am positiven Gesamtergebnis. So nimmt Österreich unter anderem eine Frontrunner-Position bei den

Anmeldungen von Schutzrechten für geistiges Eigentum oder den privaten F&E-Ausgaben ein. „Wenn man bedenkt, dass mehr als die Hälfte dieser Mittel durch nicht einmal 300 Leitbetriebe in Österreich getragen werden, wird der Stellenwert der Industrie für den Innovationsstandort deutlich“, sagte IV-Generalsekretär Christoph Neumayer. Mit der guten EIS-Platzierung liegt die langjährige Zielsetzung „Innovation Leader“ nun in Reichweite.

Um diese „Poleposition“ erreichen zu können, muss an vielen Schrauben gedreht werden. Für die Industrie besonders im Fokus steht dabei der Ausbau von Technologiekompetenz in Schlüsseltechnologien – von Mikroelektronik und künstlicher Intelligenz über Quantentechnologie, Robotik, Nanotechnologie, Materialien, Energietechnologien und Life Sciences bis hin zu Technologien für die Anwendung im Weltraum. Die stärkere Begeisterung der Jugend, aber

auch der Gesellschaft für Wissenschaft und Technologie zählt für die IV zu den Kernherausforderungen der nächsten Jahre. Die kürzlich unter Federführung des BMBWF und in Kooperation mit der IV gestartete Initiative „MINT-Regionen“ setzt genau hier an. Sie richtet sich speziell auch an Technologieunternehmen, dabei mitzuwirken, mit mehr Technologie-Spirit vom Kindergarten bis zur Matura einen positiven Weg in die Zukunft vorzuzeichnen.

EXPERTENMEINUNG

Rund um den Green Deal gehen die Wogen in Brüssel hoch

Die Ausschüsse des Europäischen Parlaments sprechen sich gegen das Renaturierungsgesetz aus.



Valerie Gruber ist IV-Expertin für Europapolitik.

Die Europäische Kommission unter Präsidentin Ursula von der Leyen hat sich die grüne und digitale Transformation auf die Fahnen geschrieben – aber nun regt sich aus den Reihen des Europäischen Parlaments erster Widerstand gegen die überaus ambitionierten Ziele auf dem Weg zu einer „grünen Union“.

Stein des Anstoßes ist das Gesetz zur Wiederherstellung der Natur, durch das bis 2030 für 20 Prozent der Land- und Wasserökosysteme Wiederherstellungsmaßnahmen durchgeführt werden und bis 2050 alle sanierungsbedürftigen Ökosysteme umfasst werden sollen, um den

Auswirkungen des Klimawandels und dem Biodiversitätsverlust vorzubeugen.

Vor allem die Landwirtschaft hat sich scharf gegen das Gesetz ausgesprochen, aber auch für die Industrie gibt es Grund zur Sorge. So sind wirtschaftliche Tätigkeiten innerhalb der Schutzgebiete zwar nicht ausgeschlossen, aber nur sehr eingeschränkt möglich – nur für Projekte von überwiegend öffentlichem Interesse. Dies könnte in weiterer Folge zu Verzögerungen, mehr Bürokratie und einer Einschränkung des Wirtschaftsstandorts führen. Nun hat sich auch unter den Parlamentariern in Brüssel Unmut über den Kurs der Kommission gerührt, im Moment zwar mit Fokus auf das Re-

naturierungsgesetz, aber im Grunde gegen den zu schnellen und zu ambitionierten Kurs zum grünen Wandel, der Unternehmen zu überfordern und die Wettbewerbsfähigkeit Europas zu gefährden droht. Alle zuständigen Ausschüsse des Parlaments haben sich gegen den Vorschlag ausgesprochen, und so steht eine mögliche Position des Parlaments jedenfalls auf wackeligen Beinen, ebenso wie die der Mitgliedstaaten, die ebenfalls nur mit einer hauchdünnen Mehrheit angenommen wurde.

Einer jedenfalls zeigt sich unbeeindruckt, und das ist Kommissionsvizepräsident Frans Timmermans, der ausrichtet, die Kommission werde jedenfalls an ihrem Vorschlag festhalten.

Aus gegebenem Anlass: Ein Lob der sozialen Marktwirtschaft

Eine Welt ohne Krisen und in absoluter Gerechtigkeit werden wir nicht erschaffen können – das versprechen nur gescheiterte Ideologien oder Sekten. Es gibt aber ein System, das sich als robuster Wohlstandsmotor und als sozial gerechter als alle anderen erwiesen hat: die soziale Marktwirtschaft.



Der politische Populismus feiert – so scheint es – in den westlichen Demokratien fröhliche Urstände. In der österreichischen Variante liefert er einfache Antworten auf komplexe Herausforderungen, fördert Frust oder bringt gescheiterte Utopien wieder auf die Agenda politischer Diskussionen. So folgte auf die Selbstzuschreibung des neuen SPÖ-Vorsitzenden, ein „Marxist“ zu sein, bei der romantischen Linken und auch bei vielen sich ohnehin selbst links verortenden Medienschaffenden ein wohliges Schaudern, wenn nicht Begeisterung. Politologen und Wissenschaftler rücken zudem aus, um zu beteuern, dass der Marxismus entweder ohnehin harmlos oder in seiner realen Ausprägung eben einfach nur ein wenig fehlerbehaftet war und ist. Auf die vielen Millionen an Toten und die Armut, die sich auf marxistische Ideen berufende Regime zu verantworten haben, wurde bestenfalls in Nebensätzen kurz hingewiesen.

Es scheint in den westlichen Wohlfahrtsdemokratien zunehmend der politische Wertekompass verloren zu gehen. Das mag nicht zuletzt am Krisenstakkato der vergangenen Jahre liegen, denen gewählte Regierungen, so gut es ging, entgegentraten; manchmal besser, manchmal schlechter, manchmal glücklicher, manchmal unglücklicher – aber im Ergebnis doch so, dass es zu

keinen signifikanten Wohlstandseinbrüchen oder sozialen Verwerfungen gekommen ist. Dabei wurden mitunter auch dirigistische Instrumente eingesetzt, das Grundsystem der Marktwirtschaft blieb aber unangetastet. Nicht ohne Grund: Die Marktwirtschaft ist das System, das besser in der Lage ist, sich selbst wieder aufzurichten und flexibel auf neue Herausforderungen zu reagieren; weil es Leistung fördert und belohnt, weil es Aufstieg möglich macht und weil es aus diesen Versprechen heraus soziale, unternehmerische und technologische Innovation produziert, die Grundlagen der Wettbewerbsfähigkeit und des Wohlstands der Zukunft.

Dem Sozialismus oder Marxismus, der sich nun wieder in die politische Debatte in Österreich geschlichen hat, fehlt es an diesem Mechanismus. Wie sehr man einen Staat mit sozialistischen Ideen in die Armut treiben kann, wird am Beispiel Venezuelas besonders deutlich: Mit dem durch große Ölvorkommen entstandenen Reichtum wurde und wird dort versucht, sich die Gunst des Volks zu erkaufen – mit allen fatalen Folgen. Das größte Übel liegt ganz tief im System: Es gibt keine Möglichkeit, ausreichend privates Kapital zu bilden, und keinen Anreiz, in Bildung, Infrastruktur und Innovationen zu investieren. Venezuela besitzt mehr Ölvorkommen als jedes andere Land der Welt, und dennoch gehört es zu den ärmsten Staaten der Erde. Es ist nicht nur der „Fluch der Ressourcen“,

sondern der „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ der zu Dysfunktionalität und den weltweit höchsten Inflationsraten geführt hat.

Was Winston Churchill für die Demokratie konzedierte – dass sie nämlich „die schlechteste aller Staatsformen ist, ausgenommen alle anderen“ –, mag vielleicht auch für die Marktwirtschaft gelten, aber: Die Marktwirtschaft in einem demokratischen System, gepaart mit einem effizienten Sozialstaat und Nachhaltigkeit, ist das Wirtschaftssystem, das, bei allen Schwächen, für Bürgerinnen und Bürger nachweislich die meisten Lebenschancen bietet. Die Grundvoraussetzungen dafür sind die Möglichkeit, Vermögen zu bilden, das Recht auf Eigentum, das Vertrauen in ein verlässliches Rechtssystem und der freie Austausch von Meinungen und Informationen. Es ist ein resilientes und robustes System, das wir verbessern können, aber an dessen Grundfesten wir nicht rütteln sollten. Das sollten wir nicht vergessen, wenn wir auf Marxisten und Populisten und ihre vollmundigen Versprechen im politischen Diskurs stoßen.

Ihr

Christoph Neumayer,
IV-Generalsekretär

IV-MEINUNG

Die Redaktion weist darauf hin, dass Redaktionsschluss der vorliegenden Ausgabe der iv-positionen der 7. Juli war. Aktuelle Informationen über spätere Entwicklungen finden Sie unter: www.iv.at.

AKTUELLES IN KÜRZE

GRAFIK DES MONATS

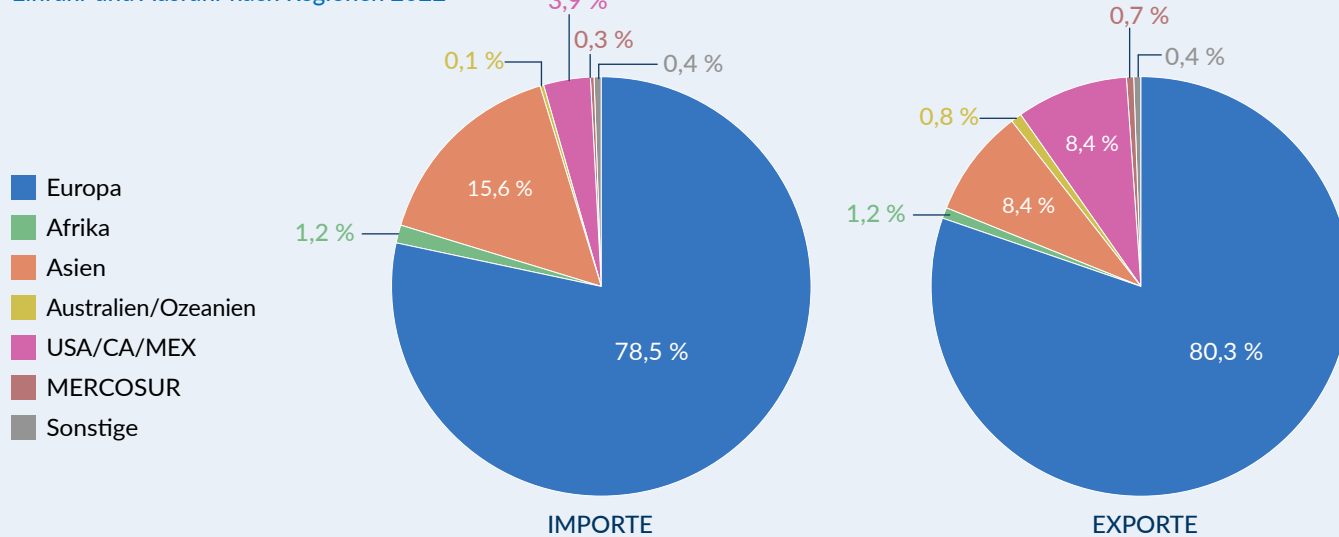
Die teuren Energieimporte haben 2022 das Außenhandelsdefizit stark ansteigen lassen. Der Wert der Importe lag nominell mit 215,27 Mrd. Euro um 20,6 Prozent über 2021, die Exporte von Waren stiegen um 17,6 Prozent auf 194,68 Mrd. Euro – macht unterm Strich ein Handelsbilanzdefizit von 20,59 Mrd. Euro, nach 12,86 Mrd. im Jahr 2021. Die Statistik Austria führt dies unter

anderem auf die massiven Preissteigerungen bei Brennstoffen und Energie zurück.

Die Zunahmen auf der Exportseite seien vor allem von der guten Entwicklung bei Maschinen und Fahrzeugen sowie bearbeiteten Waren getragen worden. Abgesehen von den Jahren 2002 und 2007 wies der Außenhandel Österreichs seit

dem EU-Beitritt 1995 jedes Jahr eine negative Bilanz auf, während die wertmäßigen Außenhandelsvolumina sowohl bei den Importen als auch bei den Exporten – abgesehen von den Einbrüchen im Jahr 2009 aufgrund der Finanz- und Wirtschaftskrise und in der ersten Hälfte des Jahres 2020 in Folge der Coronapandemie – stetig gestiegen sind.

Einfuhr und Ausfuhr nach Regionen 2022



ZAHLE DES MONATS

37,65

Mitten in der Debatte um eine Arbeitszeitverkürzung zeigen aktuelle Eurostat-Daten, dass in Österreich bereits heute weniger gearbeitet wird als in vielen anderen EU-Ländern – und zwar auch in Vollzeitjobs. Laut Eurostat liegt die tatsächliche Wochenarbeitszeit im Rahmen einer Vollzeittätigkeit (unter Berücksichtigung von Urlauben, Feiertagen und sonstigen freien Tagen) von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in Österreich weit unter dem EU-Durchschnitt und damit im untersten Drittel. Während Menschen hierzulande im Jahr 2022 im Schnitt tatsächlich 37,65 Stunden gearbeitet haben, betrug der EU-Durchschnitt 38,35 Stunden; in Deutschland waren es gar 38,9 Stunden. „Die Stimmen, die laut nach einer Arbeitszeitreduktion rufen, sollten das Modell zuerst einem Praxischeck unterziehen. Gerade in Zeiten des Arbeits- und Fachkräftemangels kann die Antwort nicht ‚Weniger arbeiten!‘ lauten. Ideologie kann die Realität nicht außer Kraft setzen“, so Georg Knill, Präsident der Industriellenvereinigung.

Digitalisierungsschub rückt Cybersicherheit in den Fokus

Im November findet in Wien eine Jobmesse statt, die Tausenden Wechselwilligen potenzielle neue Arbeitgeber vorstellt. Organisator Bernhard Ehrlich im Interview.

Die Zahl der Cyberangriffe auf österreichische Unternehmen steigt massiv an: Vergangenes Jahr hat es um 200 Prozent mehr solcher Attacken gegeben. Aus diesem Anlass luden IV und Innenministerium Expertinnen und Experten aus Unternehmen und Politik zu einem Round Table ins Haus der Industrie. Dabei ging es nicht nur darum, wie sich Unternehmen am besten schützen können; Cybersicherheit ist für Österreich auch ein Wirtschaftsfaktor mit viel Potenzial. „Die heimischen Industriebetriebe und der Wirtschaftsstandort Österreich verfügen in vielen Bereichen über hervorragende Grundvoraussetzungen, um Vorreiter im Bereich Cybersicherheit zu werden“, sagte IV-Präsident Georg Knill. Dies sei vor allem aufgrund „der star-

ken Innovationskraft, des hohen Datenschutzniveaus und der Informationssicherheit“ der Fall.

Darüber hinaus nehme Österreich in der Automatisierung und Digitalisierung der Industrieproduktion eine Vorreiterrolle ein und verfüge über einen hohen Grad an Expertise in Bereichen wie künstliche Intelligenz, Internet of Things und Edge Computing. Zu einer der großen Herausforderungen in diesen Bereichen gehört der Fachkräftemangel, der im IT-Bereich besonders spürbar ist: 25.000 Fachkräfte würden im IT-Sektor bereits jetzt fehlen, betonte Knill. Innenminister Gerhard Karner verwies auf Ausbildungsinitiativen – unter anderem die neu geschaffene „Cyber-HAK“ in Tamsweg. Ein weiterer Standort soll in Horn entstehen.



Kyndryl-Alps-CEO Maria Kirschner spricht im Industry Talk der IV über Cybersicherheit.



Der Cybersecurity-Round-Table im Haus der Industrie.

Virtuelle Hauptversammlung: Gekommen, um zu bleiben

Die Coronapandemie hat die Digitalisierung der Hauptversammlung beschleunigt – die virtuelle Versammlung soll nun Dauerrecht werden.

Die Coronapandemie hat auch der Hauptversammlung als einem der wesentlichen Leitungsorgane einer Aktiengesellschaft einen Digitalisierungsschub versetzt. Gemäß Aktiengesetz müssen Hauptversammlungen grundsätzlich physisch abgehalten werden – erst die Covid-19-Gesetzgebung hat ein tatsächlich funktionierendes Format für eine virtuelle Umsetzung geschaffen; die im Aktiengesetz grundsätzlich existierenden Möglichkeiten der Fernteilnahme hatten sich schnell als untauglich herausgestellt. Das für die Zeit der Corona-Lockdowns und -Kontaktbeschränkungen eingeführte Format der virtuellen Hauptversammlung war so erfolgreich, dass es nun Dauerrecht werden soll. Dafür liegt ein Gesetzesentwurf vor, den die Industriellenvereinigung im Sinne der Wahlfreiheit der Unternehmen unterstützt.

Ein Blick auf große internationale Börseplätze zeigt, dass die Digitalisierung der Hauptversammlung schon lange vor dem Ausbruch der Covid-Pandemie ein wichtiges Thema war. Eine rein digitale Hauptversammlung war zum Beispiel in Italien und in wesentlichen Bundesstaaten der USA bereits vor Corona möglich.

Die Aktionärsstruktur der im ATX Prime gelisteten Gesellschaften ist zudem sehr international. So ergab eine unlängst durchgeführte Auswertung, dass deutlich mehr als die Hälfte des Streubesitzes den Sitz außerhalb der Republik Österreich hat. Die heimischen Emittenten sind also auf internationales Kapital angewiesen. Auch das spricht für virtuelle Versammlungen, um unnötige Wege zu vermeiden.

Die Covid-19-Gesetzgebung war also für die Zukunft richtungweisend – nicht nur

technisch, als funktionierendes Format der virtuellen Hauptversammlung, sondern auch, weil zielführende Maßnahmen umgesetzt wurden, die zu einer Diversifizierung der Hauptversammlungspräsenz führten. Dies war schließlich ein bereits in der Aktionärsrechterichtlinie 2007 und mit dem AktRÄG 2009 formuliertes Ziel des Gesetzgebers.

Punkte, die für ein virtuelles HV-Format im Dauerrecht sprechen

- Einfachere und bequemere Teilnahme: Aktionäre können von einem beliebigen Ort aus über das Internet teilnehmen. (Österreichs Haushalte verfügen über eine Breitband-Internetpenetration von rund 90 Prozent.) Es fallen keine Kosten für die Anreise zum Versammlungsort an.
- Verbesserung der Aktionärsdemokratie: Die Teilnahme wird einem größeren

Kreis an österreichischen und internationalen Aktionären ermöglicht.

- Umweltschutz: Emissionen können deutlich reduziert werden, weil die Anreise der Aktionäre entfällt. Auch der Papierverbrauch ist deutlich geringer.
- Flexibilität: HV-Veranstaltungen finden meist zur regulären Arbeitszeit statt und dauern mehrere Stunden. Wird eine HV übertragen und steht ein Stream im Nachhinein zur Verfügung, können auch Personen an der Veranstaltung teilnehmen, die andernfalls verhindert wären – z.B. aus beruflichen Gründen oder aufgrund der Zeitverschiebung. Zudem besteht die Möglichkeit, einzelne Tagesordnungspunkte im Nachgang gezielt anzusehen.
- Kosten: Hybridveranstaltungen verursachen im Vergleich mit einer physischen oder virtuellen HV im Schnitt doppelt so hohe Kosten.

„Kindertag der Industrie“ weckt Begeisterung für Technik

Experimentieren, schrauben, schmelzen und schmieden – im Haus der Industrie durften wieder Hunderte Schulkinder in die faszinierende Welt der Industrie eintauchen.



Am mittlerweile zehnten Kindertag der Industrie haben Schulkinder und Industriebetriebe wieder gemeinsam experimentiert, konstruiert und Technik erkundet. Die Workshops im Haus der Industrie und online wurden in Kooperation mit Wissenschaftspädagogen von Science Pool und Wissensfabrik gestaltet und lockten insgesamt rund 1000 junge Gäste im Alter von sechs bis 14 Jahren an. Unternehmen wie Agrana, AUA, BASF, Boehringer Ingelheim, CoLT (FACC), Energie AG Oberösterreich, Geberit Productions, Infineon, Kapsch TrafficCom AG, KTM AG, ÖBB, OMV, Rejlek Metal & Plastics Group, Uniqa, voestalpine Stahl GmbH und WIFA ermöglichten den Kindern, Technik und Naturwissenschaften hautnah zu erleben und einen Einblick in die vielfältige Welt der Industrie zu erhalten.



MINT-Bildung für junge Menschen attraktiv machen

Ein Aktionsplan von IV und Bildungsministerium sowie zahlreiche neue MINT-Kindergärten und -Schulen helfen dabei, die naturwissenschaftlich-technische Bildung in Österreich voranzutreiben.

Die Industriellenvereinigung treibt das Thema MINT-Bildung gleich an mehreren Fronten voran. IV-Präsident Georg Knill präsentierte gemeinsam mit Bildungsminister Martin Polaschek den „Aktionsplan MI(N)Tmachen“. Das Ministerium skizziert darin acht zentrale Handlungsfelder, die bearbeitet werden müssen, um dem Ziel der Bundesregierung näher zu kommen, bis 2030 um 20 Prozent mehr MINT-Graduierte sicherzustellen. Die Handlungsfelder spannen einen weiten Bogen – vom Aufbau von „MINT-Regionen“ als Multistakeholder-Netzwerke über den Ausbau von HTLs und Hochschulen im MINT-Bereich bis hin zur Unterstützung von MINT-Lehrpersonen. Damit werden erste wichtige Schritte einer langjährigen IV-Forderung umgesetzt.

MINT-Schulen und -Kindergärten

Im Rahmen einer großen Gala mit 250 Gästen im Haus der Industrie standen 130 neu ausgezeichnete MINT-Kindergärten und MINT-Schulen im Mittelpunkt – insgesamt

tragen bereits 590 Bildungseinrichtungen das Gütesiegel. Die Initiative „MINT-Gütesiegel“, die von IV, Bildungsministerium, Wissensfabrik Österreich und Pädagogischer Hochschule Wien getragen wird, verzeichnete heuer nicht nur ein All-Time-High an Einreichungen – erstmals werden in den Bundesländern zudem Bildungseinrichtungen ausgezeichnet, die sich bereits zum dritten Mal erfolgreich einer Rezertifizierung stellen. Jede Bewerbungsrunde ist mit Qualitätsentwicklungssprüngen für begeistertes Lernen in MINT verknüpft, welche genau zu dokumentieren sind.

„Zwei Drittel des Industriepersonals sind heute schon dem MINT-Bereich zuzuordnen, und gleichzeitig fehlen uns 40.000 Technikerinnen und Techniker allein in den Industriekernbranchen. Der Fachkräftemangel im MINT-Bereich spitzt sich immer mehr zu. Das ist bedrohlich, denn ohne MINT-Talente ist unsere Zukunft undenkbar“, so Knill. Er appellierte an alle Stakeholder in Österreich, noch mehr für den MINT-Nachwuchs zu tun. Knill überreichte

die Gütesiegel gemeinsam mit Minister Polaschek, Wissensfabrik-Präsident Klaus Peter Fouquet, Norbert Kraker, Vizerektor der Pädagogischen Hochschule, und Jurysprecherin Barbara Streicher vom Science Center Netzwerk.

WEBTIPP

Weitere Informationen zum MINT-Gütesiegel:
www.mintschule.at



Die gute Schule !



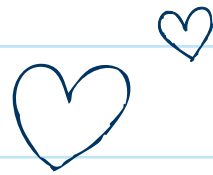
Österreichs Bildungssystem: Über die Chancen, die es zu ergreifen gilt, und die Herausforderungen, die wir anpacken müssen.

Problemlösung, kritisches Denken, Offenheit, Kollaboration sowie Kommunikationsfähigkeiten – um die aktuellen Herausforderungen und jene der Zukunft bewältigen zu können, brauchen wir Verständnis für die raschen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen der Welt. Aber werden diese Fähigkeiten in Österreich auch hinreichend vermittelt?

Seit Jahren verfügen viele junge Menschen am Ende der Schulpflicht nicht über ausreichende Grundkompetenzen. Der Ursprung liegt oft schon im Kindergarten, der noch nicht als das gesehen wird, was er eigentlich ist: die erste Bildungseinrichtung. Für die Volksschule und die Sekundarstufe I gibt es bereits einen neuen Lehrplan, der auch Kompetenzen beinhaltet, die über Schulfächer hinausgehen – jetzt geht es darum, sicherzustellen, dass diese Kompetenzen wirklich bei der nächsten Generation ankommen und sie zukunftsfit machen.

Chance Elementarbildung

Jedes Kind hat ein Recht auf gute Startvoraussetzungen.



Die Herausforderung

Die Kinderbetreuungsquote der unter Dreijährigen liegt österreichweit nur bei 29,9 Prozent. Es fehlen immer noch Tausende Betreuungsplätze, um das Barcelona-Ziel von 45 Prozent zu erreichen. Österreichweit haben 14 Prozent der Einrichtungen nur bis 14 Uhr geöffnet, die Zahl der durchschnittlichen Schließtage liegt bei 22,3; sieben Prozent haben mehr als 51 Schließtage. Öffnungszeiten und die Anzahl der Schließtage von Kinderbetreuungseinrichtungen haben einen wichtigen Einfluss auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Besonders im ländlichen Raum bestehen nach wie vor Engpässe in der Betreuung.

Das hat in erster Linie Auswirkungen auf die Beschäftigungsquote der Eltern, bedeutet aber auch, dass viele Kinder in Österreich erst später ins Bildungssystem einsteigen können. Elementare Bildungseinrichtungen, Tageseltern oder Kindergruppen sind neben der Familie die ersten Bildungsorte für mehr als 330.000 Kinder. Quer durch Österreich spannt sich jedoch ein Fleckerteppich aus unterschiedlichen strukturellen, organisatorischen und pädagogischen Rahmenbedingungen. Damit hängt gute Elementarbildung vom Wohnort ab. Besonders die Vermittlung von Sprache und die Förderung des Interesses an Technik und Naturwissenschaften erfordern Fort- und Weiterbildungen für Pädagoginnen und Pädagogen.

Die Chance

Jeder Euro, der in frühkindliche Bildung investiert wird, kommt achtfach zurück. Naturwissenschaftlich-technische Qualifikationen und digitale sowie Alltagskompetenzen sind ein Schlüssel zur Bewältigung künftiger gesellschaftlicher Herausforderungen. Das natürliche Interesse von Kindern an MINT (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik) sollte daher möglichst früh gefördert werden. Auch die Sprachbildung ist ein wesentlicher Pfeiler für einen erfolgreichen Bildungsweg und damit die Zukunftsfitness. Ganz nebenbei werden Familien und insbesondere junge Mütter von einem flächendeckenden und qualitativ hochwertigen Angebot an elementarpädagogischen Bildungseinrichtungen stark entlastet. Frauen, die Kinderbetreuung nutzen, sind häufiger und früher wieder berufstätig und arbeiten auch häufiger in Vollzeit.



ABC

Chance Bildungspflicht und Mittlere Reife
Der Mittelmäßigkeit den Kampf ansagen.

Die Herausforderung

Wenn der Übergang vom Kindergarten in die Schule geschafft ist, zeigt sich erneut, dass es an manchen Stellen noch Aufholbedarf gibt. Mehr als die Hälfte der Kinder haben am Ende der Mittelschule Schwächen beim Lesen und Rechnen: Die jüngsten österreichischen Bildungsstandards-Überprüfungen haben ergeben, dass 21 Prozent der Schülerinnen und Schüler der achten Schulstufe die Standards in Deutsch und Mathematik nicht erreichen und weitere 34 Prozent nur teilweise – das ergibt eine jährliche Risikogruppe von 55 Prozent. Bei der Lesekompetenz erreichten 24 Prozent bzw. 35 Prozent die Mindeststandards nicht bzw. nur teilweise. Die neueste PIRLS-Studie hat zudem erneut eindrücklich gezeigt, dass der Bildungserfolg in Österreich mit dem sozioökonomischen Hintergrund der Eltern zusammenhängt. Die privaten Ausgaben für Nachhilfeleistungen zeigen ein ähnliches Bild. Das ist ein systemisches Problem, dem dringend umfassende und nachhaltige Reformen entgegenzusetzen sind.

Rückblick auf den Tag der Wissenschaftsolympiaden – ein Appell für mehr Begabtenförderung.

Im Juli fand im Haus der Industrie eine bemerkenswerte Veranstaltung statt, die die Förderung hochbegabter junger Talente in den Mittelpunkt stellte: der „Tag der Wissenschaftsolympiaden“, organisiert vom Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung (BMBWF) mit Unterstützung der IV.

Der Tag war ein schöner Anlass, um Spitzenleistungen von Schülerinnen und Schülern vor den Vorhang zu holen, sie gebührend zu feiern und ihre nationalen und internationalen Erfolge auch besser in der Öffentlichkeit bekannt zu machen.

Das Thema Spitzenleistung und Exzellenz ist häufig gesellschaftlich, aber auch politisch noch etwas unterbelichtet. Bildungsgerechtigkeit ist dabei eines der wichtigsten Anliegen – der Begriff bedeutet unter anderem, dass alle Schülerinnen und Schüler so gefördert werden, dass ein bestmöglicher Lern- und Bildungserfolg gesichert ist. Also: individuelle Förderung, die leistungsschwache,

aber genauso begabte und besonders leistungsfähige Kinder und Jugendliche umfasst.

In den Bildungsprogrammen der IV ist daher immer von „Mehr Spitze und mehr Breite“ die Rede. Konkret bedeutet das: eine gute Grundbildung für alle Kinder und Jugendlichen, gewisse Standards, die alle erreichen müssen. Und: Förderung spezieller Interessen, Begabungen und Stärken sowie Aufbau individueller Expertise.

Wir müssen Begabte fördern, das Potenzial in der Spitze nutzen, Leistung erreichen und die soziale Selektion verringern. Ein modernes Bildungswesen kann und muss beides schaffen.

Chance Pädagogenbildung

Der Anspruch muss sein, immer besser zu werden.

Die Herausforderung

Im Zentrum gelingender Schule steht ein wertschätzender, vertrauens- und zugleich anspruchsvoller Blick auf die Rolle der Lehrpersonen und ihre Profession. Pädagoginnen und Pädagogen sind die „Bildungsexpertinnen und Bildungsexperten der Praxis“, die eigenverantwortlich pädagogische Entscheidungen treffen sollen. Aktuell entscheiden sich in Österreich zu wenige junge Menschen dafür, diesen Beruf zu ergreifen.

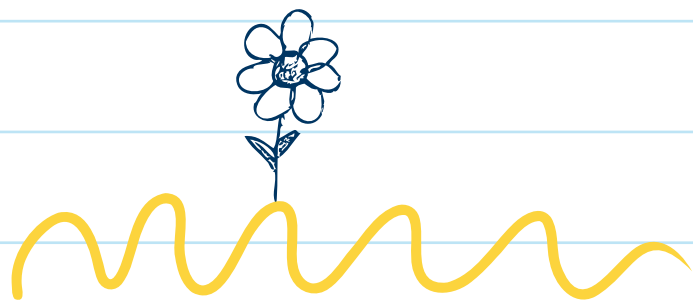
Ein möglicher Grund dafür kann das derzeit wenig attraktive Lehramtsstudium sein. Im europäischen Vergleich ist die Studiendauer in Österreich lang – der Bachelor, der in den meisten Studienrichtungen auf drei Jahre angelegt ist, dauert im Lehramt vier Jahre.

Die Chance: Ausbildung reformieren

Zunächst geht es darum, die Studiendauer zu vereinheitlichen. Sinnvoll wären aus Expertensicht drei Jahre für den Bachelor und zwei Jahre für den Master. Zudem wäre auch die Möglichkeit eines berufsbegleitenden Masterstudiums ins Auge zu fassen. Wichtig ist darüber hinaus, Theorie und Praxis besser zu verzahnen – eine Analyse der aktuellen Ausbildung hat gezeigt, dass dieser Transfer einer der erfolgsrelevantesten Punkte ist. Regelmäßige Praxis in der Klasse bietet erst die Möglichkeit einer ständigen Reflexion und Erprobung der eigenen pädagogischen Fähigkeiten. Es wäre daher bei einer Reformierung speziell darauf zu achten, dass wissenschafts- und praxisbezogene Ausbildungsteile gut aufeinander abgestimmt sind.

Berufseinstieg: Onboarding an den Schulen optimieren

Gerade die ersten Schritte im Beruf müssen gut begleitet werden – bei der Einführung ins Lehramt ist das die Induktionsphase. Hier gilt es, das Gelernte in der Praxis umzusetzen, Erfahrungen zu sammeln und zu reflektieren. Vor Eintritt in die Induktionsphase muss eine ausreichende Grundlage an fachlichen, fachdidaktischen und pädagogischen Kompetenzen erworben werden. Dann braucht es an den Schulen ausreichend Zeit und Kapazität für ein hochqualitatives Mentoringprogramm durch die älteren Lehrkräfte für die Berufseinsteigerinnen und Berufseinsteiger. In Fällen, in denen das gut gelingt, zeigt sich ein signifikanter Kompetenzzuwachs bei den Jungen.

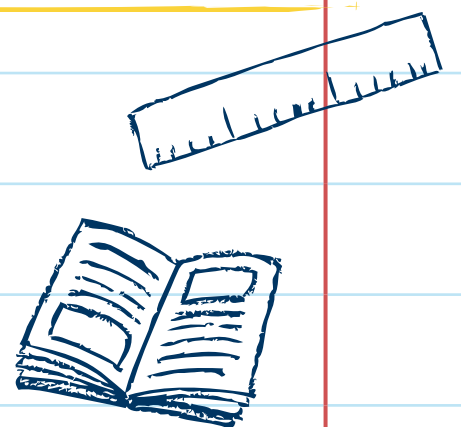


Die Chance

Bisher wird in Österreich die Schulpflicht mit dem Absitzen von neun Jahren erfüllt. Ein guter Hebel wäre die Einführung der sogenannten Bildungspflicht inklusive Mittlerer Reife – beides steht seit 2020 auch im Regierungsprogramm. Jetzt geht es um die Umsetzung.

Innerhalb der Phase der Bildungspflicht (von der ersten bis achten Schulstufe) soll von allen Beteiligten des Bildungssystems das Erreichen eines verlässlichen, anschlussfähigen Wissens- und Kompetenzniveaus ins Zentrum gestellt werden. Daher ist auf individuelle Fördermaßnahmen ein besonderer Fokus zu legen. Am Ende der Bildungspflicht sollte es einen zertifizierten, offiziellen Abschluss geben: die Mittlere Reife. Ein Teil dieses Abschlusses stellt dabei ein zentrales, externes und bundesweites Kompetenzscreening dar – zumindest in Deutsch, Mathematik und Englisch. Ein weiteres wichtiges Element ist die Erarbeitung eines Stärkenportfolios, in dem gezielt die Stärken der Kinder und Jugendlichen gesammelt werden, um sie bei der Wahl ihres weiteren Bildungs- und Berufswegs zu unterstützen.

Oberstes Ziel ist, die Kinder und Jugendlichen auf ein verlässliches und hohes Kompetenzniveau zu bringen und ihnen damit das Rüstzeug für eine erfolgreiche Bildungs- und Berufslaufbahn mitzugeben.



IV-Kampagne gegen „Schnüffelsteuer“

Die Wiedereinführung einer Vermögensteuer in Österreich wäre ein Schritt in die falsche Richtung. Die IV weist mit einer Kampagne auf die Nachteile einer solchen Steuer hin.

Die Kampagne der Industriellenvereinigung gegen eine Vermögensteuer stieß auf breite mediale Resonanz und löste angeregte Debatten in den sozialen Medien aus. Im Fokus der Kampagne steht die Vermögensteuer als „Schnüffelsteuer“: Bei einer Einführung einer solchen Steuer müsste das Finanzamt zahlreiche Daten über den Besitz der Österreicherinnen und Österreicher erheben. „Nicht alles, was ‚retro‘ klingt, ist auch automatisch gut. Das Konzept der Vermögensteuer wurde aus gutem Grund 1994 abgeschafft. Der hohe bürokratische Aufwand und das unverhältnismäßige Ausmaß an detaillierten Einblicken in das Privatleben der Bürgerinnen und Bürger stehen nicht im Verhältnis zu den geringen Einnahmen für den Staat“, so IV-Generalsekretär Christoph Neumayer.

Für die Erhebung des Freibetrags wären große Datenmengen über die Österreicherinnen und Österreicher notwendig, um die Abgabe adäquat zu berechnen. Dabei müsste das Vermögen – vom Schmuck bis hin zum Auto oder Haus – jeder einzelnen Person erhoben und bewertet werden, um zu ermitteln, ob dieses die Freigrenze übersteigt oder nicht. Der dadurch entstehende Bürokratieaufwand würde bei einer Vermögensteuer über 32 Prozent des zu erwartenden Steueraufkommens

ausmachen. Die Erhebungskosten wären bis zu zehnmal so hoch wie die Kosten bei der Lohnsteuer. Mit 43,5 Prozent ist die Abgabenquote in Österreich bereits jetzt die vierthöchste in der EU – weitere Steuern sind nicht zielführend.



Mit Videospots regt die IV auf Social Media humorvoll die Debatte um Vermögensteuern an.

WEBTIPP

Auf der Website www.schnueffelsteuer.at ist eine Reihe an Fakten und Inhalten aufgelistet, die nachvollziehbare Argumente gegen eine Wiedereinführung der Schnüffelsteuer liefern.



AKTUELLES IN KÜRZE

Mikroelektronik: Österreich Teil eines europäischen Technologiekonsortiums

Das IPCEI ist wesentliche Grundlage für das Stärkefeld Mikroelektronik in Österreich, auf der es weiter aufzusetzen gilt.

Österreich ist nach einem intensiven Notifizierungsprozess erneut bei einem Verbund von europäischen Frontrunner-Unternehmen im Bereich Mikroelektronik mit an Bord. Das Important Project of Common European Interest „Microelectronics and Communication Technologies (ME/CT)“ kann nun endlich starten.

Insgesamt besteht das IPCEI aus 100 Projekten aus 20 europäischen Staaten, davon 68 Projekte als direkte Partner und



32 als assoziierte Partner, darunter auch die fünf Technologie-Frontrunner AT&S, AVL, EEMCO, Infineon Austria und NXP Semiconductors Austria sowie das Spitzenforschungszentrum Silicon Austria Labs (SAL). Im Zentrum des IPCEI ME/CT steht die energieeffiziente Produktion von Chips in Europa. Die Beiträge der teilnehmenden österreichischen Unternehmen liegen insbesondere in den Bereichen Packaging, Kommunikationstechnik, Leistungselektronik, Prozessoren, Prozesstechnik und Sensoren. Als Enabler innovativer und nachhaltiger Lösungen für die digitale und grüne Transformation ist Mikroelektronik in unserem Alltag allgegenwärtig.

Die für das IPCEI vorgesehenen Mittel seitens der österreichischen Bundesregierung belaufen sich auf 175 Mio. Euro und werden gemeinsam durch BMK und BMAW bereitgestellt. Wichtig ist aber, das Potenzial strategischer Investitionen in Österreich durch eine ausreichende budgetäre Bedeckung sicherzustellen und nach wie vor bestehende Finanzierungslücken zu schließen.

Das IPCEI ist wesentliche Grundlage für das Stärkefeld Mikroelektronik in Österreich, auf der es weiter aufzusetzen gilt. Nun ist wichtig, die Weichen für die Finanzierung der Umsetzung des EU Chips Acts zu stellen und damit geeignete Rahmenbedingungen für Investitionsentscheidungen zu schaffen.

Hochschulpolitischer Dialog: Innovationen für mehr Nachhaltigkeit

Wie kann Österreich bei der Umsetzung der Ergebnisse der Grundlagenforschung in die unternehmerische Praxis besser werden?

Der fünfte Hochschulpolitische Dialog von IV und den Technischen Universitäten Österreichs stand ganz im Zeichen von „Universitäten als Sprungbrett in eine nachhaltige Produktion“. Im Zentrum standen die Herausforderungen, die die digitale und grüne Transformation und der internationale Technologiewettbewerb für Österreichs Gesellschaft und Wirtschaft bedeuten. Um Innovationen für die nachhaltige Produktion voranzutreiben, brauche es eine enge Zusammenarbeit von Wissenschaft, Industrie und Startups bei der Entwicklung und Kommerzialisierung von Schlüsseltechnologien der Zukunft, waren sich alle Speaker einig.

Europa ist in vielen Technologien führend in der Grundlagenforschung, die Umsetzung

finde jedoch in anderen Regionen statt. Innovative Ökosysteme aus Wissenschaft, Industrie und Startups sind für die Umsetzung innovativer Produktionsprozesse und eines zukunftsweisenden Energiesystems sowie die Verfügbarkeit von Rohstoffen wichtig. Wie dies funktionieren kann, wurde am erfolgreichen Beispiel der deutschen TUM Venture Labs gezeigt.

Inspirierende Beiträge lieferten u.a. Bundesminister Martin Polaschek (BMBWF), Sabine Seidler (TU Wien, TU Austria), Christoph Neumayer (IV), Philipp Gerbert (UnternehmerTUM GmbH), Helmut Antrekowitsch (Montanuniversität Leoben), Elisabeth Arnold (voestalpine Stahl GmbH), Angela Miltner (Lignovations GmbH) und Sonja Wogrin (TU Graz).



Die (Energie-)Zukunft liegt im Wasserstoff!

Wasserstoff ist einer der vielversprechendsten Energieträger der nahen Zukunft. Er lässt sich nachhaltig mit vorhandenen Technologien erzeugen und über bestehende Infrastruktur transportieren und speichern. Wasserstoff ist die Ergänzung zur Strominfrastruktur, die bei Übertragung und saisonaler Speicherung an ihre Grenzen stößt. Leider wird über die Medien ein falsches Verständnis von H₂-basierten E-Fuels kommuniziert und es fehlt der Durchbruch für eine Massenproduktion. Der Club1031 beleuchtet den fehlenden ganzheitlichen Ansatz entlang von drei Problemstellungen:

1. Was braucht es zuerst – Demand oder Supply? „Weder noch, es braucht Investitionen.“

Verbrauch, Erzeugung/Import und notwendige Infrastruktur müssen parallel hochgezogen werden. Wasserstoffproduzenten benötigen verbindliche Zusagen für langfristige Abnahmemengen, um Investitionen in Milliardenhöhe für Forschung, Aufbau der Infrastruktur für Produktion, Transport und Speicherung abzusichern. Es braucht eine enge Vernetzung der Industrieunternehmen entlang der gesamten Wasserstoff-Wertschöpfungskette mit Forschungseinrichtungen und der öffentlichen Hand, um die Henne-Ei-Problematik zu entschärfen.

Weiters sind geeignete Förderungen, steuerliche Entlastungen und Bürokratieabbau

erforderlich, insbesondere für kurzfristige Projekte unter Schwellenwerten.

2. Wasserstoff und E-Fuels können nicht kostengünstig produziert werden? „Doch, wenn auch der Transport richtig geplant wird.“

Wasserstoff lässt sich mittels Elektrolyse aus erneuerbarem Strom CO₂-neutral produzieren. Bei Strom-Überkapazitäten aus Solar und Wind kann Wasserstoff mittels Elektrolyseuren in Containergröße erzeugt werden und über nah gelegene bestehende Leitungen transportiert werden. Ein Transport über Kesselwagen oder Schiffe ist hingegen nur mit einem sehr hohen (Energie-)Aufwand möglich.

3. Fossiler Wasserstoff wird immer eine negative Nachhaltigkeitsbilanz aufweisen? „Es sei denn, man geht die Energiewende ergebnisoffen an.“

Wasserstoff kann auch aus fossilen Energieträgern CO₂-neutral produziert werden – Voraussetzung ist die Genehmigung von Carbon Capture & Storage (CCS), bei der abgeschiedener Kohlenstoff nicht in die Atmosphäre gelassen wird. Das bestehende Verbot von CCS ist zu prüfen, insbesondere da Erfahrungswerte z.B. aus Norwegen berücksichtigt werden können.

4. Fazit und Ausblick

Eine solide Wasserstoffstrategie ist ohne Zweifel für die Energieversorgung in Europa essenziell und zudem mit den Zielen

jeder politischen Partei vereinbar (Arbeitsplätze, Stärkung Industrie, Exportquote, Klimaziele etc.).

Unser Ausblick lässt sich wie folgt zusammenfassen:

1. Österreich kann und muss seine bestehenden Stärken ausspielen, dies betrifft insbesondere:
 - a. Die jahrzehntelange Erfahrung in der nachhaltigen Erzeugung von Strom
 - b. Die zentrale Lage, die sehr gute Infrastruktur und die Anbindung an das europäische Pipelinennetz
 - c. Die Erfahrungswerte aus effizienter Förderung und Speicherung von Erdgas
2. Aufgrund seiner Größe ist Österreich prädestiniert, eine End-to-End-Wertschöpfungskette für Wasserstoff mit heimischen Unternehmen abzubilden, die international skaliert werden kann.
3. Reduzierung von Handelsbeschränkungen, nationalistischem Denken sowie Einschränkungen durch Genehmigungsverfahren – jegliche Verzögerung schadet Europa, insbesondere, da zu hohe CO₂-Emissionen auch kein nationales Problem sind.

WEBTIPP

Weitere Informationen finden Sie auf der Website des Club1031: www.club1031.at



Jeder vierte Euro für Pensionen ...

Wie soll sich das ausgeben?

Die Pensionsausgaben sind mit gesamt mehr als 22 Prozent (Stand heute) der größte Ausgabenposten im Bundesbudget – dabei wird für keinen Politikbereich mehr aus dem Bundesbudget zugeschossen als für gesetzliche Pensionen und Beamtenpensionen.

Angesichts der demografischen Entwicklung (zur Erinnerung: Wir stehen vor einer enormen Pensionierungswelle) fragen wir uns: Wie soll sich das in den nächsten 15 Jahren finanziell ausgeben? Wir geben schon jetzt mehr als sechsmal so viel für Pensionen aus wie für alle Maßnahmen im Bereich der Klimawende, oder mehr als viermal so viel wie für Wissenschaft und Forschung. Wie sollen wir als Standort Österreich wettbewerbsfähig bleiben, wenn wir so große Teile unseres Staatsbudgets für Pensionsausgaben benötigen, anstatt Investitionen in unsere bzw. die Zukunft unserer Kinder zu tätigen?

Wer lieber absolute Zahlen hat: Wir stehen bis 2027 vor einem 160-Milliarden-Euro-Budgetloch in der Pensionsversicherung, das es zu stopfen gilt. (Das wird auch die Vermögen- und Erbschaftsteuer nicht bewältigen können – so sehr es sich manch ein Umverteiler auch wünschen mag.)

Wir rufen also zu Realismus auf: Es braucht echte Lösungen. Wir brauchen Anreize, um Leute länger im Beruf zu halten. Wir müssen endlich weg von unserer absurden Teilzeitquote, und wir brauchen früher oder später Veränderungen im Pensionssystem – vor allem, wenn man bedenkt, dass die Lebenserwartung massiv gestiegen ist, während das Pensionsantrittsalter seit Jahrzehnten stagniert.

Julia Aichhorn,
Bundesvorsitzende der Jungen Industrie

Erfolgreiches JI-Sommerwochenende in Lenzing am Attersee

Rund 30 Teilnehmer erlebten ein abwechslungsreiches Programm, das sowohl Naturerlebnisse als auch kulturelle Highlights bot.

Der Auftakt des Wochenendes erfolgte mit einer faszinierenden Besichtigung der renommierten Frauscher-Bootswerft. Die Teilnehmer erhielten einen exklusiven Einblick in die Welt des Bootsbaus und konnten die handwerkliche Präzision bewundern, mit der die Boote gefertigt werden. Die Begeisterung

war spürbar, als die Besucher Informationen über den Verkauf der hochmodernen Sportboote erfuhren. In zwei Gruppen verbrachten die JI-Mitglieder den zweiten Tag des Sommerwochenendes im Wandergebiet Eisenau/Schafberg. Die malerische Landschaft und die frische Bergluft sorgten für eine belebende Erfahrung. Die Wandergruppen genossen die atemberau-

bende Aussicht auf den Attersee und die umliegende Bergwelt.

Den krönenden Abschluss des erfolgreichen Wochenendes bildete das gemeinsame Abendessen in der Bandlkramerey. In gemütlicher Atmosphäre wurden kulinarische Highlights serviert, die den Tag angemessen ausklingen ließen.



IMPRESSUM

Herausgeber, Medieninhaber und Redaktion: Vereinigung der Österreichischen Industrie (Industriellenvereinigung), Schwarzenbergplatz 4, 1031 Wien, Tel.: 01/711 35-2308, E-Mail: positionen@iv.at
Homepage: www.iv.at, ZVR: 806801248, LIVR-Nr.: 00160, EU-Transparenzregister Nr.: 89093924456-06. Vereinszweck gemäß § 2 Statuten: Die Industriellenvereinigung (IV) bezweckt, in Österreich tätige industrielle und im Zusammenhang mit der Industrie stehende Unternehmen sowie deren Eigentümer und Führungskräfte in freier und demokratischer Form zusammenzufassen; ihre Interessen besonders in beruflicher, betrieblicher und wirtschaftlicher Hinsicht auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene zu vertreten und wahrzunehmen, industrielle Entwicklungen zu fördern, Rahmenbedingungen für Bestand und Entscheidungsfreiheit des Unternehmertums zu sichern und Verständnis für Fragen der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu verbreiten.

Chefredaktion: Sara Grasel. Lektorat: Bernhard Paratschek. Verantwortlich für den Inhalt: Christian Zoll, Joachim Händl-Grutsch, Johannes Höhrhan, Sara Grasel, Marlena Mayer, Eugen Stark, Claudia Mischensky, Gernot Pagger, Ingrid Puschautz-Meidl, Michaela Roither, Irene Schulte. Für den Inhalt der letzten drei Seiten zeichnet die jeweilige Landesgruppe verantwortlich.

Grafik: Nina Mayrberger, Sarah D'Agostino

Druck: VVA – Vorarlberger Verlagsanstalt, 6850 Dornbirn. Erscheinungsort: Wien. Offenlegung nach § 25 des Mediengesetzes: iv-positionen erscheint 10× jährlich in einer Auflage von 8.300 Stück, Unternehmensgegenstand: Information zu industrie- und gesellschaftspolitischen Themen für Mitglieder der Industriellenvereinigung und Meinungsträger in Österreich. Siehe auch unter www.iv.at.

Fotos (Cover bzw. Coverstory): Adobe Stock, IV-Burgenland/Lexi Horvath, IV-Kärnten, IV-NÖ/FH St. Pölten/Steininger, IV-OÖ/Pelzl, IV-Salzburg/Kolarik, IV-Steiermark/Marija Kanizaj, IV-Tirol, IV-Vorarlberg/Medienzoo, IV-Wien/Alexander Müller

Aus Gründen der leichteren Lesbarkeit wird auf geschlechtsspezifische Endungen verzichtet. Die verwendeten Bezeichnungen beziehen sich auf alle Geschlechter gleichermaßen.



Sieben Tiroler Schulen mit MINT-Gütesiegel ausgezeichnet

Sieben Tiroler Bildungseinrichtungen wurden erneut in der IV-Tirol mit dem MINT-Gütesiegel ausgezeichnet – der Kindergarten Mieders, das BRG/BORG Landeck, das Bundesrealgymnasium Wörgl, die MS Hötting-West, die Polytechnische Schule Kufstein, das Meinhardinum Stams und die MS Telfs Weissenbach. Die IV-Tirol unterstützt die Ausgezeichneten mit je 200 Euro Projektzuschuss.



Verleihung des MINT-Gütesiegels an die Lehrkräfte der MS Telfs Weissenbach durch Elisabeth Lukasser-Vogl (MINT-Koordination Tirol, links), Rainer Haag (GF ematric GmbH, 2. v. l.), Michael Mairhofer (GF IV-Tirol, 2. v. r.) und Christin Burckhardt (IV-Tirol, rechts).

In Tirol gibt es insgesamt 32 Bildungseinrichtungen, die sich intensiv mit den Fächern Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik (MINT) befassen, innovative Lernmethoden fördern und das MINT-Gütesiegel bereits erhalten haben. Dennoch gibt es laut IV-Tirol starken Aufholbedarf: Von 590 mit dem MINT-Gütesiegel ausgezeichneten Kindergärten und Schulen in ganz Österreich befinden sich nur fünf Prozent in Tirol. Das MINT-Gütesiegel ist eine Initiative des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Forschung, der Industriellenvereinigung, der Wissensfabrik Österreich und der PH Wien. Michael Mairhofer, Geschäftsführer der IV-Tirol, freute sich bei der Verleihung über das Engagement der Lehrkräfte, Kinder und Jugendlichen, die spannende

Projekte eingereicht haben: „Wer MINT beherrscht, hat die Chance, die Welt durch Innovation zu verändern. Es ist äußerst erfreulich zu sehen, dass immer mehr Schulen in Tirol den Schwerpunkt auf MINT legen.“

Initiative sichert Innovationsnachwuchs

Mit Blick auf den Arbeitsmarkt sowie auf die Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft der Tiroler Industrie stellte Mairhofer fest: „Das MINT-Gütesiegel ist wichtig, weil gerade MINT-Kompetenzen von enormer Relevanz für eine solide Ausbildung sind. Sie spielen eine zentrale Rolle bei den großen Herausforderungen der Wirtschaft. Während der MINT-Arbeitsmarkt boomt, sehen wir gleichzeitig einen steigenden Fachkräftemangel in diesem Bereich.“

F&E-Plattform besucht Liebherr-Werk in Telfs

Die F&E-Plattform unter dem Vorsitz von Albert Rössler (Adler-Werk Lackfabrik) besuchte das Liebherr-Werk in Telfs. Geschäftsführer Stefan Blas stellte den 14 Teilnehmern das Unternehmen vor und führte durch das Werk.

Seit 1976 produziert das Liebherr-Werk in Telfs Baumaschinen mit hydrostatischem Antrieb und technische Lösungen. Das Unternehmen beschäftigt aktuell rund 850 Mitarbeiter am Standort. Besonders beeindruckend sind die in der Produktion zum Einsatz kommenden Schweißroboter, die innovative Fernsteuerung der Raupen und auch das sich

aktuell im Bau befindende Hochregallager, das dieses Jahr noch fertiggestellt wird. Im zweiten Teil der F&E-Plattform stellte Prof. Kirchlechner vom Karlsruher Institut für Technologie (KIT) die Forschungsschwerpunkte des Instituts für Angewandte Werkstoffe – Werkstoff- und Grenzflächenmechanik (IAM-MMI) vor. Der Austausch unter den einzelnen F&E-Experten war ein großer Erfolg.



Beim Besuch der F&E-Gruppe bei Liebherr in Telfs konnten die Teilnehmer die Produktion besichtigen.

IV-Tirol: Deutsche Gasspeicherumlage für Tirols Gaskunden verletzt EU-Recht

Nach eingehender rechtlicher Prüfung hat die IV-Tirol eine Beschwerde bei der EU-Kommission in Sachen deutscher Gasspeicherumlage eingebracht.

Seit verganginem Oktober müssen Tiroler Gaskunden die deutschen Gasspeicherungskosten bzw. den Wertverlust für eingespeichertes Gas, das zur Versorgungssicherung teuer eingekauft wurde und seitdem an Wert verloren hat, mittragen. Anfang Juli wurde die deutsche Gasspeicherumlage auf 1,45 Euro/MWh angehoben. Die Umlage betrifft primär Tiroler und Vorarlberger Gaskunden, da diese durch das deutsche Gasnetz versorgt werden.

Tirols Industrieunternehmen entlasten
Dass die deutsche Gasspeicherumlage auch

die grenzüberschreitenden Gasmengen mit einer Umlage belastet, ist nach Rechtsmeinung der IV-Tirol nicht EU-Recht-konform, weshalb sich IV-Tirol-Präsident Christoph Swarovski dazu entschlossen hat, eine Beschwerde bei der EU-Kommission einzulegen. „Mit der Beschwerde sollen Tirols Industrieunternehmen, die bereits seit Beginn des Ukrainekriegs durch hohe Energiekosten belastet werden, weitere Kostenerhöhungen im Energiebereich erspart werden“, erklärt Swarovski den Schritt. Die Beschwerde der IV-Tirol bei der EU-Kommission ist mittlerweile schon die dritte, die von Organisa-

tionen in Tirol eingebracht wurde: Auch die Wirtschaftskammer Tirol und die A&B AG, die Verrechnungsstelle für Ausgleichs-

energie in den Marktgebieten Tirol und Vorarlberg, haben ebenfalls eine Beschwerde bei der EU-Kommission eingereicht.



Die IV-Tirol brachte bei der EU-Kommission eine Beschwerde punkto deutscher Gasspeicherumlage ein.



Industriegespräch im Land Tirol (v. l.): Michael Mairhofer (Geschäftsführer IV-Tirol), Landeshauptmann Anton Mattle, Max Kloger (Vizepräsident IV-Tirol), Landesrat Mario Gerber, Oswald Wolkenstein (Geschäftsführer Sparte Industrie der Wirtschaftskammer Tirol).

Industriegespräch – Dialog auf Augenhöhe zwischen Landesregierung und Industrie

Beim zweiten Industriegespräch des Jahres lag der Fokus auf den immer noch zu hohen Energiepreisen, der Weiterentwicklung des Bildungsangebots für einen zukunftsfähigen Wirtschaftsstandort und Lösungsstrategien zur Bewältigung des Arbeitskräftemangels.

Das die Tiroler Landesregierung dem direkten Austausch mit der Industrie einen hohen Stellenwert beimisst, beweisen die regelmäßig stattfindenden Industriegespräche, bei denen Branchenvertreter Mitglieder der Landesregierung über die aktuelle Lage in der Tiroler Industrie informieren und ihre Forderungen einbringen können. Am zweiten Industriegespräch des Jahres nahmen Landeshauptmann Anton Mattle, Wirtschaftslandesrat Mario Gerber, IV-Tirol-Vizepräsident und Spartenobmann Max Kloger, Sparten-Geschäftsführer Oswald Wolkenstein (WKT) und IV-Tirol-Geschäftsführer Michael Mairhofer teil.

Maßnahmen gegen hohe Energiepreise
Die Vertreter der IV-Tirol nutzten den Dialog mit dem Landeshauptmann und dem Wirtschaftslandesrat, um auf die immer noch angespannte Situation für energieintensive Industrieunternehmen hinzuweisen. Obwohl

die Großmarktpreise für Strom und Gas im Vergleich zu 2022 gesunken sind, zahlen Tirols Industriebetriebe immer noch mehr als ihre Mitbewerber in anderen Wirtschaftsräumen. Vor allem der angekündigte deutsche Industriestrompreis setzt Tirols Industrie unter Druck, da es auf der Kostenseite zu massiven Wettbewerbsverzerrungen gegenüber deutschen Konkurrenten kommen wird. Daher muss der Energiekostenzuschuss II des Bundes endlich wirksam werden.

Gasspeicherumlage und Ausbau erneuerbarer Energien

Ein weiteres Thema waren die Beschwerden bei der EU-Kommission gegen die deutsche Gasspeicherumlage, die in den letzten Wochen unabhängig von IV-Tirol, Wirtschaftskammer Tirol und A&B AG, der Verrechnungsstelle für Ausgleichsenergie, eingebracht wurden. Dass die deutsche Gasspeicherumlage auch die grenzüber-

schreitenden Gasmengen mit einer Umlage belastet, ist nach Rechtsansicht der drei Organisationen nicht EU-Recht-konform. Landeshauptmann Mattle sagte den Vertretern der Industrie seine Unterstützung auf Bundesebene zu. Um Tirols Industrieunternehmen zu entlasten, forderten die Interessenvertreter erneut den entschlossenen Ausbau der Wasserkraft. Die Anwesenden stimmten darin überein, dass darüber hinaus alle Potenziale alternativer Energieträger wie Photovoltaik und Windkraft gehoben werden müssen, um eine Energieversorgung zu wettbewerbsfähigen Preisen zu gewährleisten und Tirols Klimaziele erreichen zu können.

Strategien gegen den Arbeitskräftemangel

Neben der Stärkung der MINT-Bildung wurden beim Industriegespräch auch weitere Lösungsansätze zur Bekämpfung des Arbeitskräftemangels besprochen. Die Vertre-

ter der IV-Tirol erneuerten ihre Forderung, dass sich Leistung und der Wille zur Mehrarbeit in Tirol lohnen müssen. In keinem anderen Land Europas ist Vollzeitarbeit so unattraktiv wie in Österreich, was dazu führt, dass sich viele Menschen, die eigentlich dem Arbeitsmarkt Vollzeit zur Verfügung stehen könnten, dazu entscheiden, maximal 30 Stunden zu arbeiten. Um diese für Industrie und Wirtschaft belastende Situation zu entschärfen, wiederholten die Interessenvertreter ihre Forderung nach der Einführung eines Freibetrags, der bei Vollzeitarbeit einen Anteil des Einkommens (z. B. 5.000 Euro) von der Einkommensteuer befreit. Um Menschen auch nach Erreichung des Regel-pensionsalters im Erwerbsleben zu halten, soll die Beitragspflicht zur Pensionsversicherung für Arbeitgeber und Arbeitnehmer zur Gänze entfallen und auch die steuerrechtliche Bemessungsgrundlage des Erwerbseinkommens halbiert werden.

Industrie-Austausch mit EU-Abgeordneter Barbara Thaler

Die Tiroler Vertreterin in Brüssel informierte im Rahmen der Vorstands- und Beiratssitzung der IV-Tirol über aktuelle Entwicklungen auf EU-Ebene – Stichworte Lieferketten, Energie – und stellte sich der Diskussion.

In ihrem Impulsreferat stellte Barbara Thaler, Abgeordnete zum EU-Parlament, fest: „Leider dominiert in Brüssel immer mehr die Überschriftenpolitik. Ich vermisse Umsetzungs-, Wirtschafts- und Industriepolitik. Viel zu wenig wird für die Stärkung des EU-Standorts getan, für die Reindustrialisierung, um die Abwanderung erfolgreicher Unternehmen und Ideen zu stoppen. Nicht Innovations- und Technologiepolitik stehen im Vordergrund, sondern Regulierungswut und Bürokratie.“ Insbesondere bei den Themen Klimaschutz, European Green Deal oder Lieferketten werde versucht, alles auf die Unternehmen abzuschieben; immer mehr Bürokratie laste auf den Betrieben, was einer totalen Überwachung gleichkomme. „Linke“ Mehrheiten in den Parlamenten würden derartige Entwicklungen forcieren. Beim Mercosur-Abkommen solle es – unter der spanischen Ratspräsidentschaft ab 1. Juli – bis Jahresende zu einem Abschluss kommen. Hier

müsse Österreich aus dem gegenwärtigen Nein noch ein Ja schaffen. Das Mercosur-Abkommen sei eine einmalige Gelegenheit, um europäische Werte zum Schutz von Klima und Umwelt partnerschaftlich auch nach Südamerika zu exportieren, so Thaler.

Gasspeicherumlage

Thaler, seit 2019 Tiroler EU-Abgeordnete in Brüssel, ging auch auf die Beschwerde ein, die von IV-Tirol und WK Tirol bei der EU-Kommission in Sachen deutscher Gasspeicherumlage eingebracht wurde. Sie wolle das Thema in Brüssel begleiten und sich für eine gute Lösung einsetzen. Ein erster Brief an Deutschland sei bereits abgeschickt worden. Bei der anschließenden Diskussion wurden auch das Verbot von Verbrennungsmotoren, die Gesetzesflut, der Facharbeitermangel, das Lieferketten- und das Klimaschutzgesetz, die Energiepreise, das Thema Wasserkraft sowie die EU-KI-Richtlinie angesprochen.



EU-Abgeordnete Barbara Thaler zu Besuch bei der Vorstandssitzung der IV-Tirol – mit dabei: Max Kloger (l.), Vizepräsident der IV-Tirol, und Michael Mairhofer, Geschäftsführer der IV-Tirol.



Eine Delegation der IV-Tirol besichtigte den Ausbau des Kraftwerks im Kühltal.

Standortfaktor Energie – Wasserkraft ausbauen

Die großen Tiroler Industriepioniere sahen in der Kraft des Wassers auch die Zukunft ihrer Unternehmen – für Plansee und Swarovski etwa war die „preiswerte elektrische Energie in ausreichendem Maße“ ausschlaggebend für die Ansiedelung in Tirol. Auch für viele andere Betriebe galt die „Ausnützung der Alpenwasserkraft“ und damit eine „verlässliche und preiswerte Stromversorgung“ über viele Jahre als entscheidender Wettbewerbsvorteil. Aus heutiger Sicht können die Standortvorteile von damals als Wegbereiter einer wettbewerbsfähigen und erfolgreichen Industrie angesehen werden.

Der erreichte Wohlstand steht unmittelbar mit den Möglichkeiten des elektrischen Stroms als Antriebskraft für Maschinen und damit für eine moderne Produktion sowie vielen hoch qualifizierten Arbeitsplätzen in Verbindung. Dies darf bei der Diskussion rund um den Ausbau der Tiroler Wasserkraft nie vergessen werden. Die Wettbewerbsvorteile von einst – attraktive Strompreise, Versorgungssicherheit – müssen wir wieder zurückgewinnen. Tirol hat dazu alle Voraussetzungen und die nötigen Ressourcen. Durch den Ausbau der heimischen Wasserkraft könnten wir das schwierige und zunehmend unsichere energiewirtschaftliche Umfeld in Europa für uns positiv gestalten.

Die Rolle der Wasserkraft bei der Erreichung der Tiroler Klimaziele

Der Green Deal der EU legt eine Reduktion der Treibhausgasemissionen um 55 Prozent

bis 2030 fest. Die österreichische Gesetzgebung sieht dazu vor, dass bis 2030 100 Prozent des elektrischen Stroms aus erneuerbaren Quellen stammen und bis 2040 alle Öl- und Gasheizungen stillgelegt werden. Die Ausbauziele in Österreich planen dafür in Tirol vor allem den Ausbau der Wasserkraft ein, da hierzulande aufgrund der geografischen Gegebenheiten weder Windparks noch große Photovoltaikanlagen effizient wären. Laut der Tiroler Energiestrategie 2050 sollen diese Klimaziele und eine Tiroler Energieautonomie durch die Reduktion des Energieverbrauchs um 50 Prozent und eine Steigerung der erneuerbaren Energie um 30 Prozent erreicht werden. Die Stromversorgungslage ist nicht erst seit dem Ukrainekrieg sehr herausfordernd – in Tirol ermöglicht der Ausbau der Wasserkraft eine von Wetter und Jahreszeiten unabhängige stabile Stromversorgung, die auch einen Ausgleich von Last- und Verbrauchsspitzen ermöglichen wird.

Großbauprojekte vorantreiben

Der Strombedarf wird sich in den nächsten Jahren weiter signifikant erhöhen. Mit dem Ausbau sämtlicher erneuerbarer Energien kann die Energiewende gelingen. So könnte der Ausbau des Kraftwerks Kautental zum Garant für Versorgungssicherheit, Energieunabhängigkeit und Klimaschutz für kommende Generationen werden. Mit der Mitnutzung der bestehenden Anlagen des Gepatschspeichers im Kautental werden Flächenverbrauch und Baumaßnahmen stark minimiert. Die Kraftwerkskette vom Pumpspeicherkraftwerk Versetz im Kautental über das Kraftwerk Prutz inklusive Prutz 2 sowie die beiden Kraftwerke Imst und Imst 2 bis zum neuen Kraftwerk Imst-Haiming ermöglicht die vierfache Nutzung ein und desselben Wassers für die Stromerzeugung. Auch mit der Inbetriebnahme des Gemeinschaftskraftwerks Inn (GKI) 2022 wurde ein großer Schritt auf dem Weg in eine autonome Energiezukunft

getan; ebenso laufen die Bauarbeiten im Kühltal für die Erweiterung der Kraftwerksgruppe auf Hochtouren.

IV-Delegation im Kühltal

Der Ausbau der Kraftwerksanlagen im Kühltal sieht einen zusätzlichen Speichersee im Längental mit 31 Millionen m³ Fassungsvermögen sowie ein unterirdisches Pumpspeicherwerk als zweite Oberstufe vor. Die Speicherkapazität kann dadurch um rund 50 Prozent erhöht und mit dem zusätzlichen Wasser können 216 Mio. kWh pro Jahr mehr Strom erzeugt werden. Hier investiert die TIWAG rund eine Milliarde Euro; Fertigstellung und Inbetriebnahme sind für Ende 2026 geplant. Die Teilnehmer aus den Mitgliedsbetrieben der IV-Tirol durften sich bei der Besichtigung mit DI Alexander Speckle, Bauvorstand der TIWAG – Tiroler Wasserkraft AG, vom Fortschritt der Baustelle überzeugen.



Der bereits bestehende Speicher Gepatsch.



Blick auf das Achenseekraftwerk aus dem Jahr 1927.